

Forum

Leserbriefe

Rosinenpickerei auf Kosten der Allgemeinheit

Ausgabe vom 7. Mai «SVP Meilen macht sich für Solarstrom stark - und wird damit grüner»

Zentral ist: Die Menge des ins Netz eingespeisten Stroms muss jederzeit gleich gross sein wie der Verbrauch. Und umgekehrt. Wird dieses Gleichgewicht nicht eingehalten, gibt es ein Problem, den Blackout. Solarstrom fällt un stetig an. In der Nacht kommt nichts, bei fehlendem Sonnenschein kaum etwas und im Winter wenig. So erzeugen horizontal ausgerichtete PV-Panels im Mittelland in den Monaten November bis Februar durchschnittlich gut 10 Prozent des Jahresertrages, in den Monaten April bis August rund sechsmal mehr. Das Hauptproblem ist die Überlast durch mittägliche Solarstromspitzen. Und je grösser der Solarstromanteil am Strommix, umso schwieriger und damit kostenintensiver werden die Massnahmen zur Bewältigung dieser Stromspitzen. Deutschland hat am Strommix trotz AKWs, Kohlekraft, Gaskraft und Wasserkraft einen bedeutend höheren Anteil an Solarstrom als die Schweiz. Um drohende Überlast wegen letzterem zu vermeiden, muss dieser Spitzenstrom weg, koste es, was es wolle: Solaranlagen und Windräder werden vom Netz genommen, Weichenheizungen der Deutschen Bahn eingeschaltet oder der Strom ins Ausland verschenkt und so weiter. Wenn das immer noch nicht ausreicht, wird für die Stromabnahme gar bezahlt. Die Wirtschaftlichkeit von Solarstrom beruht auf einer mit Subventionen verschleierte Milchmädchenrechnung (sorry, Frau Leuthard). Die Rechnung setzt nämlich voraus, dass Solarstrom jederzeit willkommen ist. Das ist jedoch nicht der Fall. Es kann somit nicht angehen, dass die Erzeuger von PV-Strom das Filetstück, das ist der im Winter erzeugte PV-Strom, selbst konsumieren, ergänzt (nachts) durch Strom vom Netz. Und die Netzbetreiber müssen den «Schwarzen Peter», das ist der minderwertige oder gar verlustbringende Strom, zu politisch-ideologisch übersetzten Preisen übernehmen. Das ist Rosinenpickerei auf Kosten der Allgemeinheit. Es reicht, wenn diese die PV-Anlagen subventionieren. Den Rest soll der Markt richten.

René Weiersmüller, Meilen

Ukrainekrieg: Überlegtes Handeln tut Not

Ausgabe vom 10. Mai «Wohin fliesst das viele Geld?»

Der Ukrainekrieg setzt politische Themenschwerpunkte. Sicherheits- und Armeepolitik werden in einer Sondersession des Parlamentes behandelt. Der Krieg in der Ukraine befeuert Aufrüstung und Militarisierung der Stahlhelmfraktion. Diese schürt Ängste, kommuniziert fragwürdige sicherheitspolitische Szenarien für die neutrale Schweiz und fordert populistisch und wahltaktisch weitere Milliarden für die Armee. Die Schweiz braucht keine weiteren schweren Waffen. Der Krieg in der Ukraine entschärft objektiv die Bedrohung der Schweiz und deckt die Schwächen der russischen Armee auf. Es gilt in eine Armee der Zukunft zu investieren, die modernen Bedrohungen wie die Cyberkriegsführung und Luftabwehr stemmen können. Nach dem Ukrainekrieg werden dann die Finanzpolitiker das Sagen haben. Finanzpolitik muss Kernkompetenz bleiben und die heutigen leichtfertigen Milliardenforderungen werden hinterfragt. Zumal 50 Milliarden Coronaschulden, der überbeuerte F-35 und der Milliardenunterhalt über die nächsten 30 Jahre und damit Steuererhöhungen lassen grüssen. Der damals angenommene rasche russische Stoss an den Ärmelkanal war feste Doktrin. Nach 1989 bestätigten Geheimdienstberichte die Unfähigkeit des «Roten Feindes» gegen den wir aufrüsteten. Auch heute kommen russische Truppen kaum über Polen oder die Tschechei hinaus. Die bürgerliche Rüstungseuphorie dient allenfalls der Wahrnehmung und Profilierung für die kommenden eidgenössischen Wahlen 2023. Leider fehlen uns heute Parlamentarier, die wie früher als Wirtschaftsführer

gleichzeitig im bewährten Milizsystem Regimentskommandanten waren und ihre zivile- und militärische Führungserfahrung wirkungsvoll und kompetent auch in die Politik einbrachten. Es macht betroffen, wenn heute das Präsidium der nationalrätlichen Sicherheitspolitik-Kommission durch einen militärisch und sicherheitspolitisch unerfahrenen ehemaligen Stadtzürcher Gemeinderatspolteri besetzt ist. Unser bewährtes aber gefährdetes Milizsystem sollte es möglich und nötig machen, militärische Kompetenz in die Politik zu bringen. Sonst läuft die Sicherheitspolitik an der Leine der Verwaltung. Roger E. Schärer, Oberst a D, alt Präsident Offiziersgesellschaft Zürichsee rechtes Ufer, Trin Mulin

© Zürichsee-Zeitung. Alle Rechte vorbehalten.